



Peter Lüscher, lic. iur.  
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

## Auf diesen Sommer folgt ein heisser Herbst

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Generalversammlung der AIHK war ein voller Erfolg: Einstimmig und ohne Enthaltungen wählten die Mitglieder Marianne Wildi zur neuen Präsidentin der Aargauischen Industrie- und Handelskammer und zum Dank für seine zehnjährige Amtszeit wurde Daniel Knecht zum Ehrenmitglied ernannt. Mehr erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Freuen auch Sie sich auf einen schönen Sommer? – Wie das Wetter wird, vermag ich nicht vorherzusagen. Ferien, etwas mehr Platz auf der Strasse, weniger Mails bei der Arbeit lassen sich allemal geniessen. Falls es mit dem Sommerwetter nicht klappen sollte, steht uns wenigstens politisch ein eher heisser Herbst bevor. vielerorts wird es zu umstrittenen Gemeindewahlen kommen. Es stehen

erfreulicherweise nach wie vor genügend Kandidatinnen und Kandidaten für Kampfzwecken zur Verfügung. Die AIHK dankt allen Personen, die sich für ein Amt auf Gemeindeebene zur Verfügung stellen. Unser Milizsystem ist auf sie angewiesen. Auf kantonaler Ebene stehen uns intensive Debatten über die Massnahmen zur Gesundung der Aargauer Staatsfinanzen und das nächste Budget bevor. Die AIHK setzt sich für einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Steuererhöhungen ein. Das ist ein wichtiger Standortfaktor. Auf Bundesebene wird die Volksabstimmung über die Rentenreform 2020 zweifellos kontrovers diskutiert werden. Der Vorstand der AIHK wird demnächst seine Parole zu dieser Vorlage beschliessen. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen und eine schöne Sommerzeit.

### Zum Abschied ein Plädoyer: Wirtschaft braucht Freiräume!

An der 42. ordentlichen Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer vom 1. Juni in Wettingen verlied die frisch gewählte Präsidentin Marianne Wildi dem scheidenden Präsidenten Daniel Knecht für seine Verdienste für die Interessen der Aargauer Unternehmen die exklusive AIHK-Ehrenmitgliedschaft. Wie heftig sein Feuer für die Aargauer Wirtschaft weiterhin brennt, zeigen die Worte seiner zehnten Präsidentschaftsansprache.

> Seite 46

### Ein Blick zurück und nach vorne

Das Arbeitsrecht befindet sich in permanenter Entwicklung. Die Entwicklung verläuft dabei nicht geradlinig. Einige Wegmarken lassen sich aber dennoch erkennen. Welche Erkenntnisse lassen sich daraus gewinnen? Lassen sich daraus vielleicht sogar Erkenntnisse für die kommende Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 gewinnen? > Seite 50

### Nachgefragt bei Dr. Ursula Plassnik

Im Anschluss an den ordentlichen Teil der Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer referierte die österreichische Botschafterin Dr. Ursula Plassnik zum Thema «Europa im Stresstest». Die AIHK hat bei der sympathischen Gastreferentin nachgefragt.

> Seite 51

### Serie: Das Milizsystem – Auslauf- oder Erfolgsmodell?

Das Milizsystem steht zunehmend unter Druck. Rund die Hälfte der Schweizer Gemeinden bekundet Mühe, geeignete Personen für ihre Exekutiven zu finden. Für die AIHK ist indes klar: Das Milizsystem darf nicht verstauben. Die Verzahnung zwischen beruflicher Praxis und politischem Amt ist ein Gewinn für Gesellschaft und Unternehmen. Heute steht Suhrs Gemeindepräsident Beat Rüetschi im Fokus – mit einer zentralen Botschaft. > Seite 52

## DER AARGAU IN ZAHLEN

### Bevölkerungsstatistik: Bezirke Lenzburg und Bremgarten boomen

Gemäss jüngster Publikation von Statistik Aargau zählte der Kanton Aargau am 31. Dezember 2016 genau 662 224 Einwohnerinnen und Einwohner. Das sind 1,4 Prozent (8907 Personen) mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung beträgt 24,5 Prozent. Alle elf Bezirke weisen ein positives Bevölkerungswachstum auf. Absolut gesehen wuchsen die Bezirke Lenzburg, Baden und Bremgarten am stärksten, relativ betrachtet die Bezirke Lenzburg, Muri, Bremgarten und Kulm.

Der grösste Teil der Wanderungsbewegungen erfolgte auch 2016 innerhalb des Kantons (30 636 Zuzüge, 29 695 Wegzüge). Werden die Wanderungsbewegungen getrennt nach Ausland und übrigen Kantonen betrachtet, lag der Wanderungsgewinn aus dem Ausland bei 3371 und aus den übrigen Kantonen bei 2110 Personen.



42. GV der AIHK, Präsidualansprache von Daniel Knecht

## Zum Abschied ein Plädoyer: Wirtschaft braucht Freiräume!

An der 42. ordentlichen Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer vom 1. Juni in Wettingen verlieh die frisch gewählte Präsidentin Marianne Wildi dem scheidenden Präsidenten Daniel Knecht für seine Verdienste für die Interessen der Aargauer Unternehmen die exklusive AIHK-Ehrenmitgliedschaft. Wie heftig sein Feuer für die Aargauer Wirtschaft weiterhin brennt, zeigen die Worte seiner zehnten Präsidualansprache.



Erste Amtshandlung: Die frisch gewählte AIHK-Präsidentin Marianne Wildi verlieh ihrem Vorgänger Daniel Knecht die Ehrenmitgliedschaft.

«Zehn Jahre lang durfte ich Euer Präsident sein und der lebendigen Aargauer Wirtschaft ein Gesicht geben. Dies ist meine zehnte und letzte Präsidualansprache.

Ich will im

- ersten Teil eine kurze Standortbestimmung machen. Im
- zweiten Teil gehe ich auf die – aus meiner Sicht – grösste Herausforderung ein und den Schlüsselfaktor zu ihrer Bewältigung. Zum
- Schluss ziehe ich mein persönliches Fazit.

### Dank Ihnen hält sich die Aargauer Wirtschaft gut!

Der Aargauer Wirtschaft geht es heute verhältnismässig gut, auch wenn insbesondere kleinere Zulieferer im industriellen Sektor hart zu kämpfen haben. Die Umstrukturierung geht tief. Es läuft aber besser, als wir das nach dem Frankenschock vor gut zwei Jahren befürchtet hatten. Das zeigen die Resultate unserer diesjährigen Wirtschaftsumfrage:

die Exportindustrie ist mit dem Verlauf von 2016 zufrieden und erwartet 2017 eine weitere Verbesserung. Der 2. Sektor schätzt die Situation und die Aussichten besser ein als der 3. Sektor! Unternehmerinnen und Unternehmer haben zusammen mit ihren Mitarbeitenden die Herausforderungen der vergangenen Jahre angenommen und gemeinsam für den Weiterbestand der Unternehmen gekämpft. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich.

**Wirtschaftliche Herausforderungen** gab es in den letzten zehn Jahren viele: Subprime-Krise ab Anfang 2007 in den USA, Lehman-Kollaps am 15. September 2008, Rettung der UBS am 16. Oktober 2008. Die Finanzkrise führte zu grosser Staatsverschuldung. Ab 2011 wurde unsere Exportwirtschaft von einer Währungs- (insbesondere Euro-) Krise erschüttert, welche uns einen massiven Preisnachteil brachte. Dazu kam eine schlechte konjunkturelle Situation in vielen Zielmärkten. Nach der

Aufhebung des Franken/Euro-Mindestkurses am 15. Januar 2015 verschärfte sich die Situation schlagartig weiter. Für viele produzierende Unternehmen ging es ans Lebendige. Mit verschiedenen Massnahmen konnten sich die meisten erfreulicherweise halten. Substanzielle Kostenreduktionen waren allerdings häufig nur durch schmerzhaftes Einschnitte möglich: Einkäufe im Ausland, Preisdruck auf Lieferanten aus der Schweiz bis zu Betriebsverlagerungen und Personalabbau.

Der aargauische **Arbeitsmarkt** ist während den letzten Jahren erfreulicherweise trotzdem stabil geblieben. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist von knapp 230 000 im Jahr 2005 auf mehr als 260 000 im Jahr 2014 um 13 Prozent gewachsen. Die Wohnbevölkerung

### «DER Vorteil der Schweiz: relativ liberaler Arbeitsmarkt.»

hat in dieser Zeit um etwas mehr als 12 Prozent zugenommen. Lag die Arbeitslosenquote 2007 bei 2,4 Prozent, so beträgt sie Ende April 2017 3,2 Prozent. In Anbetracht der in der Industrie verloren gegangenen Stellen ist das erfreulich. Wenn es den Firmen schlecht geht, leiden nämlich alle. Wir dürfen aber über drei Negativpunkte nicht hinwegsehen:

1. Dem Aargauer Fiskus geht es weniger gut. Denn während der Arbeitsmarkt stabil blieb, wanderten die Arbeitsplätze hin zu den staatsnahen Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Die dort tätigen Körperschaften



Durchgewinkt: An Daniel Knechts letztem grossen Auftritt als AIHK-Präsident hiess die Generalversammlung sämtliche Anträge gut. (Bilder: SU Productions)



Nach getaner Arbeit: AIHK-Geschäftsleiter Peter Lüscher mit Regierungsrat Dr. Urs Hofmann, Gastreferentin Dr. Ursula Plassnik, die neue AIHK-Präsidentin Marianne Wildi und der ehemalige AIHK-Präsident Daniel Knecht.

generieren zum überwiegenden Teil keine Steuern. Sie verbrauchen sie! Im Gesundheitswesen allein ist die Beschäftigtenzahl von 2011 bis 2014 um 12 Prozent gestiegen;

2. Ältere Personen haben es im immer selektiveren Arbeitsmarkt schwerer als jüngere zu bestehen;
3. Niedrigqualifizierte haben zunehmend grössere Mühe, in den Arbeitsmarkt zu kommen, bzw. sich darin zu halten.

Wir müssen weiterhin für eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung aller arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen kämpfen, wenn wir die demografische Entwicklung verkraften wollen. Es scheiden jetzt mehr Mitarbeitende altersbedingt aus dem Arbeitsprozess aus als Junge nachrücken.

Aber auch **politische Herausforderungen** galt bzw. gilt es zu bewältigen: Stabilisierung unseres Verhältnisses zu Europa (Gewährleistung des Marktzugangs, Möglichkeit zur Anstellung von Facharbeitskräften), Finanzierung unseres Sozialversicherungssystems, Sicherstellung einer zuverlässigen Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen, Gewährleistung des Verkehrsflusses auf der Strasse, der Schiene und in der Luft, Ablehnung einer Vielzahl wirtschaftsfeindlicher Initiativen, die

zunehmende Verrechtlichung aller Tätigkeiten, die nicht nur zu mehr administrativem Aufwand für die Betriebe, sondern durch Rechtsmittelverfahren auch zu Verzögerungen und steigenden Kosten führt. Und schliesslich die Verschlechterung der Kantonsfinanzen, die Steigerung der Staatsausgaben pro Kopf von 5999 Franken im Jahr 2006 auf 7037 (2015), also um ganze 17 Prozent – in einer Zeit, in der wir praktisch keine Teuerung hatten! – sowie der Steuerdruck für Unternehmen auf Bundes- und kantonaler Ebene.

Der Standort Aargau hat zu kämpfen. Trotz allem sind wir verblüffend stabil unterwegs. Ich masse mir auch nach zehn Jahren als Präsident der AIHK nicht an, die Wirtschaft zu verstehen. Immer wieder fragte ich mich mit Blick auf unsere Nachbarländer, was denn im Vergleich zu ihnen unser Erfolgsgeheimnis ist. Ich staune immer wieder ob der unternehmerischen Lebenskraft.

### Den permanenten Wandel zulassen!

Die Schweiz hat es im internationalen Standortwettbewerb nicht einfach. Neben verschiedenen durchaus positiven Faktoren (bspw. Offenheit, gute Bildung, Innovationsfähigkeit oder Rechtssicherheit) hat sie auch mit

## IN EIGENER SACHE

### Herzlichen Dank, Daniel Knecht!



Nach zehn Amtsjahren als Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer ist Daniel Knecht auf die Generalversammlung 2017 zurückgetreten. Daniel Knecht gehörte

dem AIHK-Vorstand ab 2006 an und bekleidete vorerst das Amt eines Vizepräsidenten. An der Generalversammlung vom 24. Mai 2007 wurde er zum Nachfolger von Dr. Hans-Peter Zehnder gewählt. Neben der Tätigkeit im Kammervorstand vertrat er die AIHK im Vorstand von *economiesuisse*, in einer Vielzahl von Abstimmungskomitees und verschiedenen weiteren Gremien.

In seiner Amtszeit hat Daniel Knecht an unzähligen Sitzungen und Veranstaltungen die Fahne der AIHK hochgehalten – alles im Milizamt, als sein Hobby. Wenige Zahlen zu den von ihm geleiteten Sitzungen mögen sein Engagement illustrieren:

- 10 Generalversammlungen
- 40 Vorstandssitzungen als Präsident, 3 als Vizepräsident, er hat nie gefehlt
- Mehr als 40 Sitzungen des Präsidiums

Als Dank für seine grossen Verdienste für die AIHK und die Aargauer Wirtschaft wurde Daniel Knecht zum Ehrenmitglied der AIHK ernannt.



Vorstand, Geschäftsleitung und Mitarbeitende danken Daniel Knecht herzlich für sein grosses und langjähriges Engagement sowie für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen ihm für die Zukunft geschäftlich und privat alles Gute.



Europa im Stresstest: Die österreichische Botschafterin und Gastreferentin Dr. Ursula Plassnik zog Bilanz.

negativen zu kämpfen. Die Kleinheit ist häufig ein Nachteil, unsere exportorientierte Wirtschaft ist auf ausländischen Druck anfällig und unsere Kosten sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Die Schweizer Qualität allein

*«Lassen Sie uns bitte einfach in Ruhe arbeiten!»*

genügt nicht (mehr), um in diesem Umfeld erfolgreich zu sein. Wir müssen deshalb den permanenten Wandel, die permanente Anpassung unserer Wirtschaft zulassen. Der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter sprach von der schöpferischen Zerstörung. Die Umgangssprache verwendet das Bildnis des Phönix aus der Asche. All das zeigt, dass Wandel für eine Gesellschaft, die nach Sicherheit strebt und für die Politik, die so etwas versprechen will, keine einfach anzunehmende Herausforderung ist. Aber es ist ein Naturgesetz, eine Tatsache.

Das Neue gelingt nur, wenn der permanente Umbau möglichst ungehindert vor sich gehen kann.

Nach meiner Auffassung ist deshalb im internationalen Vergleich nach wie vor unser freier Arbeitsmarkt *der* entscheidende Konkurrenzvorteil. Das bestätigt eine Studie aus dem vergangenen Jahr, die bei mehr als 850 in der Schweiz angesiedelten multinationalen Unternehmen durchgeführt wurde. Diese betrachten das

flexible Schweizer Arbeitsrecht als sehr wichtigen Standortfaktor. Nahezu alle geben an, dass die Schweiz wesentlich flexiblere und wirtschaftsfreundlichere Arbeitsgesetze habe als alle anderen europäischen Länder. Doch nur 47 Prozent glauben, dass die Schweiz ihren Wettbewerbsvorteil in den nächsten drei Jahren behalten wird. Die Uhr tickt.

Auch wenn Arbeitsgesetz, flankierende Massnahmen und allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge Einschränkung beinhalten, können wir als Arbeitgeber immer noch vergleichsweise frei entscheiden, ob und wen wir zu welchen Bedingungen anstellen wollen. Auch bei der Entlassung eines Mitarbeitenden – die ja kaum jemals

ohne triftigen Grund erfolgt – sind wir freier als unsere Nachbarn.

Ein freier Arbeitsmarkt dient letztlich auch den Interessen der Arbeitnehmenden. Das beweisen tausende von Unternehmen täglich. Sie verhalten sich nämlich auch ohne zusätzliche

*«Bürgerpflichten lassen sich nicht outsourcen.»*

gesetzliche Vorschriften ihren Mitarbeitenden gegenüber korrekt. Und sie stellen, wenn es die Situation erlaubt, auch neue Mitarbeitende an. Schauen Sie in unsere Nachbarländer: Je schwieriger es ist, jemanden nötigenfalls zu entlassen, desto weniger wird jemand überhaupt angestellt. Ganze Branchen wandern in die Schattenwirtschaft ab! Erst die bei uns vorhandene Freiheit ermöglicht die dauernde Erneuerung und Umstrukturierung unserer Wirtschaft und auch die Neuschaffung von Unternehmen.

Diesen Spielraum gilt es zu erhalten und dringend wieder zu vergrössern! Regulierungswut und Gerechtigkeitswahn führen uns auch hier in die falsche Richtung.

Ich denke dabei einerseits an die Anwendung des geltenden Rechts durch die Gerichte. Ich zucke manchmal schon zusammen, wenn ich sehe, wie unser Bundesgericht gesetzliche Bestimmungen auslegt. Ich denke dabei z.B. an



Wirtschaft trifft Politik: AIHK-Vizepräsident Veith Lehner im Gespräch mit Nationalrätin Ruth Humbel.



Kontakte knüpfen: Bei Apéro und Nachtessen blieb Zeit für den geselligen Teil.

die immer weiter interpretierte Fürsorgepflicht des Arbeitgebers. Dieser wird dazu gedrängt, immer mehr Haftung zu übernehmen und hat Zeit in die Schlichtung von Konflikten und für die Erstellung schriftlicher Belege aller seiner diesbezüglichen Aktivitäten zu investieren.

In der Verantwortung steht aber auch der Gesetzgeber. Wir dürfen dem Ausland nicht alle Dummheiten nachmachen und quasi unbesehen europäisches Recht übernehmen (das dann vielfach noch mit einem «Swiss Finish» versehen wird). Wir dürfen uns der Europäischen Sozialcharta nicht unterstellen, wir brauchen nicht noch mehr Kündigungsschutz, so wenig wie wir Quotenregelungen brauchen. Schauen wir doch, wohin diese Regulierungswut die europäischen Arbeitsmärkte gebracht hat!

Arbeitnehmer sind mündige Menschen und haben ihren Teil der Verantwortung wahrzunehmen. Wir Unternehmer sind Mehrkämpfer. Wir können nicht auch noch belastet werden, um ein «Rundum-sorglos-Paket» anzubieten.

Klar ist: Damit wir die Angriffe auf unser liberales Arbeitsrecht abwehren und Freiheit zurückgewinnen können, braucht es verantwortungsbewusste Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Ein Arbeitsverhältnis ist nur dann nachhaltig gut, wenn es für beide Seiten stimmt.

Tragen Sie – je an Ihrem Platz – dazu bei, dass wir unser liberales Arbeitsrecht behalten können. Das ist der Schlüssel, der uns den Wandel ermöglicht. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz.

## FAZIT

Wir stehen als Unternehmer und Arbeitgeber vor vielfältigen Herausforderungen. Diese wollen und können wir bewältigen. Verbände wie die AIHK können uns dabei helfen. Die AIHK bündelt die Interessen der Unternehmen und nimmt sie gegenüber der Politik wahr. Sie vernetzt die angeschlossenen Betriebe und ermöglicht den wichtigen Erfahrungsaustausch branchenübergreifend und auf regionaler Ebene. Die Geschäftsstelle erbringt den Mitgliedern kostengünstige Dienstleistungen. Dazu gehören z.B. die Information über die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Schulung und Beratung in arbeitsrechtlichen Fragen. In der Öffentlichkeit schafft die AIHK Verständnis für wirtschaftliche Fragen. Wer würde das – insbesondere für KMU – sonst tun?

Wichtig ist aber auch, dass die AIHK das persönliche Engagement eines jeden Unternehmers in Staat und Gesellschaft nicht zu ersetzen vermag. Bürgerpflichten lassen sich nicht outsourcen. Auch deshalb habe ich mich als Präsident für die AIHK zur Verfügung gestellt. Helfen auch Sie persönlich mit! »

## IN EIGENER SACHE

### Viel Erfolg, Marianne Wildi!



An der Generalversammlung vom 1. Juni 2017 ist Marianne Wildi zur Präsidentin der Aargauischen Industrie- und Handelskammer gewählt worden.

Marianne Wildi gehört dem AIHK-Vorstand seit 2012 an und ist seit 2016 Vizepräsidentin. Sie wird die AIHK künftig im Vorstand von *economiesuisse* vertreten.

Marianne Wildi ist CEO und Vorsitzende der Geschäftsleitung der Hypothekarbank Lenzburg AG (HBL) und hat in dieser Funktion Kontakte zu Unternehmen aller Branchen.

Beruflicher Werdegang:

- Seit 2010 CEO, Vorsitzende der Geschäftsleitung der HBL
- Seit 2007 Mitglied der Geschäftsleitung (Dienste, Informatik und Logistik) der HBL
- Seit 1984 In verschiedenen Funktionen bei der HBL tätig (Informatik)

Berufliche Aus- und Weiterbildung:

- 2013 Advanced Management Programm der ES-HSG und der Schweizerischen Kurse für Unternehmensführung (SKU)
- 2009 Essentials of Management, University of St. Gallen (ES-HSG)
- 2003 Advanced Executive Program Swiss Banking School
- 1999–2000 Eidg. diplomierte Bankfachfrau
- 1991–1995 Dipl. Betriebsökonomin FH
- 1981–1984 Handelsdiplomschule an der Alten Kantonsschule Aarau

Vorstand, Geschäftsleitung und Mitarbeitende freuen sich auf eine konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Marianne Wildi. Wir wünschen ihr in ihrem neuen Milizamt vollen Erfolg und Zufriedenheit sowie hauptberuflich und persönlich alles Gute.

## NICHT VERPASSEN

### AIHK-Generalversammlung 2018

Reservieren Sie sich den Termin für die nächste Generalversammlung bereits heute:

**Donnerstag, 17. Mai 2018, 16 bis 19.30 Uhr**



Philip Schneiter, lic. iur., Rechtsanwalt  
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

## Ein Blick zurück und nach vorne

**Das Arbeitsrecht befindet sich in permanenter Entwicklung. Die Entwicklung verläuft dabei nicht geradlinig. Einige Wegmarken lassen sich aber dennoch erkennen. Welche Erkenntnisse lassen sich daraus gewinnen? Lassen sich daraus vielleicht sogar Erkenntnisse für die kommende Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 gewinnen?**

Wer vor zehn Jahren in einem Arbeitgeberverband eine führende Rolle übernommen hatte, stand vor keiner einfachen Ausgangslage: In den Jahren 2003 und 2004 waren die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit in Kraft getreten. Dadurch war unter anderem die Möglichkeit geschaffen worden, branchenweit Mindestlöhne einzuführen, wenn in einer Branche die üblichen Löhne in missbräuchlicher Weise unterboten werden.

### Darum geht es

In den letzten Jahren konnten zahlreiche Frontalangriffe auf das Arbeitsrecht abgewehrt werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Arbeitsrecht immer mehr zur Umverteilung genutzt wird. Die Sozialversicherungen werden dadurch aber nicht etwa entlastet. Mehr denn je tut Not, für finanzielle Stabilität der Sozialversicherungen zu sorgen.

Mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit hatte die Politik einen neuen Hebel gefunden, um das soziale Arbeitsrecht auszubauen, ohne von Seiten der Arbeitgeberinnen allzu grossen Widerstand befürchten zu müssen. Denn mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sollte nicht mehr der Arbeitnehmer vor der Arbeitgeberin geschützt werden, sondern neu der intakte Arbeitsmarkt vor selbstzerstörerischen Tendenzen bewahrt werden.

Seit ihrem Inkrafttreten wurden die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit stetig ausgebaut. So ist die im Jahr 2004 eingeführte Haftung des Erstunternehmers für die Nichteinhaltung der Arbeitsbedingungen durch Subunternehmer bereits zweimal verschärft worden.

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit bilden ein Musterbeispiel dafür, wie ein freiheitliches Arbeitsrecht immer mehr durch ein soziales Arbeitsrecht überlagert werden kann. So wenig spektakulär diese Angriffe auf das geltende Arbeitsrecht erfolgen, so effektiv ist deren Wirkung.

### Frontalangriffe auf das Arbeitsrecht

Die Frontalangriffe auf das Arbeitsrecht, die in den letzten Jahren initiiert worden sind, konnten demgegenüber allesamt erfolgreich abgewehrt werden: Am 11. März 2012 lehnte das Stimmvolk die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» ab. Am 24. November 2013 verwarf das Stimmvolk die Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne». Am 18. Mai 2014 erlitt die Mindestlohninitiative Schiffbruch. Am 5. Juni 2016 wurde die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» abgeschmettert.

Die vier Volksinitiativen zielten ausnahmslos auf Umverteilung. Sie blieben zwar erfolglos; im Abstimmungskampf wurden aber durchaus interessante Diskussionen geführt. Die Volksinitiativen standen denn auch nicht völlig quer in der Landschaft.

### Umverteilung schreitet voran

Wer die Entwicklung des Arbeitsrechts zurückverfolgt, stellt fest, dass in den letzten Jahren einerseits der Schutz der Schwachen ausgebaut und andererseits der Schutz der Starken abgebaut wurde. Der Schutz der Schwachen wurde vor allem dadurch ausgebaut, dass das Bundesgericht den Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmer verstärkt hat (BGE 132 III 115). Der Schutz der Starken wurde vor allem dadurch abgebaut, dass es das Bundesgericht Spitzenverdienern versagt hat, sich auf das Arbeitsrecht zu berufen, um hohe Boni einzuklagen (BGE 139 III 155). Mit der Einführung der Sozialplanpflicht im Jahr 2014 schaffte der Gesetzgeber sogar das Kunststück, die beiden Entwicklungslinien zusammenzuführen. Denn die Sozialplanpflicht soll im Falle eines Stellenabbaus dafür sorgen, dass vorhandene Gelder nicht mehr für Abgangsentschädigungen an Angestellte, sondern neu für Umschulungen von Arbeitern verwendet werden. Viel offener kann Umverteilung gar nicht gefordert werden!

Die sozialintegrative Kraft eines umverteilenden Arbeitsrechts darf allerdings nicht überschätzt werden. Wenn beispielsweise die Gewerkschaften gestärkt werden, wird auch der Konkurrenzkampf unter den Gewerkschaften verschärft. Seit dem Jahr 2016 kann in einem Gesamtarbeitsvertrag vorgesehen werden, dass die Arbeitgeberinnen, die dem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen, auf die Erfassung der Arbeitszeit bestimmter Arbeitnehmer verzichten können. Ein Gesamtarbeitsvertrag, der die Arbeitszeiterfassung regelt, darf aber nicht von jeder Gewerkschaft, sondern bloss von repräsentativen Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die Repräsentativität einer Gewerkschaft ist vor allem von ihrer Mitgliederstärke abhängig. So verwundert es nicht, dass sich die Gewerkschaften zurzeit gegenseitig im Kampf um Mitglieder aufreiben.

### Zuerst verdienen, dann ausgeben

Man kann es aber sowieso drehen und wenden, wie man will: Es führt kein

Weg daran vorbei, dass umzuverteilendes Geld zuerst verdient werden muss. Damit Geld erarbeitet werden kann, sind Unternehmen auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Die stärksten arbeitsrechtlichen Schutzinstrumente nützen nichts, wenn den

### «Vorschläge für sinnvolle Anpassung des Arbeitsgesetzes»

Unternehmen die Luft zum Atmen abgeschnürt wird.

Zu den guten Rahmenbedingungen gehören beispielsweise Gerichte, die wissen, wie es in einem Betrieb zu- und hergeht, die verstehen, dass zum Beispiel Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit immer noch Eigenschaften sind, auf die in vielen Betrieben grosser Wert gelegt wird. Deshalb war es richtig, dass sich die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) im Jahr 2008 stark für die Beibehaltung der Arbeitsgerichte eingesetzt hat.

Nicht alle Rahmenbedingungen bleiben freilich konstant. Vor allem mit der Industrie 4.0 ändern sich die Anforderungen an gute Rahmenbedingungen beträchtlich. Als Hemmschuh für die digitale Transformation der Industrie erweist sich vor allem das Arbeitsgesetz, das noch aus den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts stammt. Vorschläge für eine sinnvolle Anpassung des Arbeitsgesetzes liegen bereits auf dem Tisch. Von der Politik sind sie verdankenswerterweise auch aufgegriffen worden.

Es ist nicht erstaunlich, dass die gestellten Forderungen vielerorts auf offene Ohren stossen. Der Anstoss für eine sinnvolle Anpassung des Arbeitsgesetzes erfolgt nämlich nicht nur durch die Arbeitgeber-, sondern auch durch die Arbeitnehmerseite. Auch Arbeitnehmer fühlen sich immer stärker eingeengt, wenn ihnen erschwert wird, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen, beispielsweise weil ihnen verboten wird, ihre Arbeitszeiten den Bedürfnissen der Familie anzupassen. So stösst es bei Arbeitnehmern auf immer weniger Verständnis, dass ihnen verboten wird, mit einer bestimmten

Arbeit für einmal bereits am Sonntag zu beginnen, um am Montag die Kinder aus der Krippe abholen zu können, ohne in Stress zu kommen.

In einer Zeit, in der die Arbeitswelt vor grösseren Veränderungen steht, muss der Blick des Gesetzgebers zuallererst nach vorne, in die Zukunft, gerichtet werden. Es darf aber nicht vergessen werden, auf welchem Fundament das freiheitliche Arbeitsrecht steht: Der Boden, auf dem unsere Wirtschaft gedeiht, ist ein funktionierendes Sozialversicherungssystem. Dies wird auch im Zeitalter der Industrie 4.0 so bleiben, sofern wir zu unserem Sozialversicherungssystem genügend Sorge tragen. Das A und O ist dabei, den Sozialversicherungen zu finanzieller Stabilität zu verhelfen. Nur Sozialversicherungen, die auf gesunden finanziellen Füissen stehen, sind in der Lage, schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren.

### Notwendige Sanierung der AHV

Bei der kommenden Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 wird sich zeigen, was das Stimmvolk unter finanzieller Stabilität der Sozialversicherungen versteht. Mit der Altersvorsorge 2020 soll die AHV, die finanziell in starke Schieflage geraten ist, saniert werden. Die Gegner der Vorlage weisen allerdings darauf hin, dass die Altersvorsorge 2020 höchstens kurzfristig finanzielle Linderung verschaffte, mittelfristig aber umso stärker saniert werden müsste.

Die Diskussionen um die Altersvorsorge 2020 werden uns in den nächsten Monaten in Atem halten. Es steht einiges auf dem Spiel. Es geht auch darum, wie viel Freiheit wir uns für die zukünftige Ausgestaltung der Sozialversicherungen bewahren möchten.

## FAZIT

Von der Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 wird vieles abhängen. Denn ein Blick auf die jüngere Entwicklung des Arbeitsrechts zeigt vor allem etwas: Letztlich hängt alles mit allem zusammen!

## 8 FRAGEN AN

### Gastreferentin Dr. Ursula Plassnik



Im Anschluss an den ordentlichen Teil der Generalversammlung referierte die österreichische Botschafterin Dr. Ursula Plassnik zum Thema «Europa im Stresstest». Die AIHK hat bei der sympathischen Gastreferentin nachgefragt.

#### Morgens um 8 Uhr ...

wühle ich mich durch die lokalen und internationalen Zeitungen. Oder vergrabe mich am Sonntag in die Polster, im köstlichen Wissen, noch nicht aufstehen zu müssen.

#### Botschafterin zu sein ...

ist ideal für mich – Begegnungen, Abwechslung und Freiheit.

#### Österreich und die Schweiz ...

sind wunderschöne Schwestern mit höchst unterschiedlichen, aber sehr ausgeprägten Charakteren.

#### Die EU ...

ist die innovativste Polit-Technologie, die ich kenne: 28 ausgereifte Demokratien schreiben das Drehbuch, nach dem sie leben wollen.

#### Die Politik in der Schweiz ...

ist bei aller Transparenz sehr geheimnisvoll.

#### Die Schweizer Wirtschaft ...

überrascht mich immer aufs Neue durch Innovationsgeist sowie Tempo und Präzision in der Umsetzung.

#### Heimweh ...

ist einer meiner ständigen Begleiter.

#### Mein Lebensmotto:

«Das Lebendige lässt sich nicht ausrechnen», vom gar nicht so düsteren Franz Kafka.

## SCHLUSSPUNKT

«Mein Erfolgsrezept ist einfach: Zehn Prozent Inspiration, neunzig Prozent Transpiration.»

Rolf Kauka, 1917–2000, deutscher Comic-Zeichner und -verleger (Vater von «Fix und Foxi»)

Serie: Das Milizsystem – Auslauf- oder Erfolgsmodell?  
Beat Rüetschi, Gemeindepräsident Suhr, Geschäftsführer REMS AG

## «Wenn wir mitbestimmen wollen, müssen wir uns engagieren!»

**Das Milizsystem steht zunehmend unter Druck. Rund die Hälfte der Schweizer Gemeinden bekundet Mühe, geeignete Personen für ihre Exekutiven zu finden. Für die AIHK ist indes klar: Das Milizsystem darf nicht verstauben. Die Verzahnung zwischen beruflicher Praxis und politischem Amt ist ein Gewinn für Gesellschaft und Unternehmen. Heute steht Suhrs Gemeindepräsident Beat Rüetschi im Fokus – mit einer zentralen Botschaft.**

**Beat Rüetschi, was hat Sie dazu bewegt, sich nicht nur als Unternehmer, sondern auch im Gemeinderat zu engagieren?**

Ich bin Suhrer Ortsbürger und will der Dorfgemeinschaft etwas zurückgeben. Als Gewerbevereinspräsident und Bürger von Suhr habe ich festgestellt, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von der Politik vorgegeben werden. Wenn wir mitbestimmen wollen, müssen sich auch die Leute aus der Wirtschaft engagieren und ihr Wissen und Know-how einbringen.

**Was bedeutet ein Amt wie das des Suhrer Gemeindepräsidenten umfangmässig?**

Ohne die Repräsentationen 60 Prozent.

**Was schätzen Sie an der Arbeit als Gemeindepräsident besonders?**

Die Möglichkeiten, zusammen mit dem Gemeinderat und einer hervorragenden Verwaltung unser Dorf mitzugestalten und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, soweit es auf unserer politischen Ebene möglich ist, zu beeinflussen und auch zu betreuen. Wir haben z.B. seit 1998 die Anzahl selbständiger Unternehmungen auf 250 erhöhen können und die Arbeitsplätze sind von 3500 auf 5300 gewachsen.

**Wie schaffen Sie es, Beruf und Politik unter einen Hut zu bringen?**

Ich bin ein strategisch denkender Mensch, kein Kontrollfreak und kann delegieren. Ich habe gute Mitarbeiter in Verwaltung und Betrieb, Kollegin und Kollegen im Gemeinderat, auf die

ich mich verlassen kann. Wir vertrauen uns gegenseitig und setzen uns für die Gemeinde Suhr und die Firma REMS AG ein. Ich kann sachbezogen argumentieren, führen und die Leute motivieren. Meine Arbeitszeit kann ich mir einteilen, manchmal halt auch am Abend und am Wochenende. Seit ich nicht mehr im Grossen Rat bin, habe ich auch wieder etwas mehr Zeit.

**Ist ein Milizsystem in der heutigen Zeit überhaupt noch sinnvoll?**

Unsere Demokratie ist die beste der Welt. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Für mich ist auch das Milizsystem nach wie vor sinnvoll. Aber im Moment stossen wir an Grenzen. Unsere Gesellschaft entwickelt sich zu einer Individual- und Selbstbedienungsgesellschaft. Dies stärkt leider die Bedürfnisdemokratie. Es wäre sehr wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch wieder für die Gemeinschaft engagieren und so unser System weiterleben.

**Wo liegen aus Ihrer Sicht die Vor- resp. Nachteile des Milizwesens?**

Die Vorteile sind sicher die breit abgestützte, mehrheitsfähige und konstante Weiterentwicklung unserer Schweiz mit ihren Kantonen und Gemeinden. Es braucht dazu aber auch langfristige Strategien, die über zwei bis drei Amtszeiten verfolgt werden können. Der Nachteil ist die Blockierung durch Verbände und auch einzelner, die mit Hilfe unseres Rechtsstaates Projekte verzögern oder sogar verhindern und eine Minderheitsdemokratie betreiben wollen.

**Was können Arbeitgeber tun, um das Milizwesen zu stärken?**

Sich selber oder politisch interessierte Mitarbeiter für die Politik zur Verfügung stellen und/oder unterstützen. Es ist wichtig, dass die Wirtschaft gute Leute in die Politik bringt. Sonst werden wir nur noch von Selbstdarstellern regiert. Die Polarisierung bringt uns nicht weiter. Wir müssen wieder tragfähige, langfristige Kompromisse schliessen.

**Wie lautet Ihr Werbeslogan, um mehr Menschen für ein Amt in der Lokalpolitik zu motivieren?**

Um Rahmenbedingungen zu beeinflussen zum Wohle der ganzen Bevölkerung braucht es Dein Engagement und aktives Mitwirken in der Politik.

(Interview: su.)

### ZUR PERSON



#### Beat Rüetschi

- **Alter:** 66 Jahre
- **Politische Ämter:**  
Gemeindepräsident Suhr seit 1998, ehem. Grossrat FDP 2006–2014

- **Berufliche Tätigkeit:** Geschäftsführer REMS AG
- **Hobbies:** Familie, Lesen, Wandern
- **Motto:** Ich setze auf Eigenverantwortung, statt auf Bevormundung.

### ZUR GEMEINDE



#### Suhr (Bezirk Aarau)

- **Fläche:** 1062 ha
- **Anzahl Einwohner:** 9990
- **Anzahl Haushalte:** 4500
- **Anzahl Betriebe:** 250
- **Anzahl Arbeits- und Ausbildungsplätze:** 5300
- **Grösse der Gemeindeverwaltung (in Stellen):** 60 Mitarbeitende
- **Gemeindesteuerfuss:** 108 Prozent